

Regress abschaffen! Bitte unterschreiben Sie!

Seite 11



*Die KPÖ wünscht
einen schönen Sommer
und erholsame Ferien.
Kommen sie zu unserem
Sommerfest am Sa. 3. 8.
im Franz-Bair Heim*

Unsere Telefonnummer:

Tel u. Fax 03862/22417

KPÖ-Kapfenberg, GLB, Kinderland, KJÖ,
Mieterschutzverband

Donnerstag 14 - 17 Uhr
Freitag 9.30 - 17 Uhr und nach Vereinbarung

Zentralverband der Pensionisten:

Jeden 1. Donnerstag des Monats
von 14 bis 17 Uhr

Schreiben Sie uns!

Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg,
Fax 03862/22417
m@il: kpoe-kapfenberg@gmx.at

Bund Demokratischer Frauen

Jeden 2. Dienstag des Monats
von 15 bis 18 Uhr

Kommunistische Jugend

Österreichs -KJÖ

m@il: kjoe@kjoe.at

www.kjoe.at

Tel. 038 62/22 4 17

Zwangszusammenlegungen: Gemeinden auf der Abschussliste

Die drohenden Gemeindefusionen sorgen für Unmut in der Steiermark. Jetzt regt sich immer mehr Widerstand gegen das „Gemeindezusammenschlussprogramm“ der Landesregierung.

sammlungen wird derzeit landauf – landab versucht, der Bevölkerung weiszumachen, welche Vorteile die Gemeindefusionen bringen würden. Die Menschen sind aber zu Recht skeptisch. Vollerorts haben sich Bürgerinitiativen gebildet, um die einseitige Berichterstattung und die als unehrlich empfundene Informationsweitergabe zu hinterfragen.

Ziel der Strukturreform ist die Schaffung regionaler Zentren. Was das bedeutet, kann man im offiziellen Leitbild zur Gemeindestrukturreform, das die Landesregierung herausgegeben hat, nachlesen. Klipp und klar steht dort geschrieben, wo Einsparungspotentiale geortet werden: Gemeindeämter, Volksschulen, Kindergärten, Rüsthäuser,

Altstoffsammelzentren, Bauhöfe, Veranstaltungshallen und Freibäder werden als offenbar überzählige Infrastruktur aufgelistet und stehen somit längerfristig auf der Abschussliste. Dementsprechend ist auch der Hinweis zu finden, dass nach einer Fusion keine „Doppelgleisigkeiten“ bei kommunalen Einrichtungen erhalten bleiben dürfen. Dabei wird jedes noch so weit hergeholt Argument – bis zur eingesparten Beheizung des Gemeindeamtes – bemüht, um das „Zusperren“ als Verbesserung vermarkten zu können.

Zynischerweise werden die Zusammenlegungen meist gerade mit der fehlenden Infrastruktur begründet. Ein Trauerspiel! Zuerst lässt die Politik zu, dass Postämter,

Schulen, Polizeiposten usw. zusperrten, um schließlich ebendiese Schließungen als Grundlage zu nehmen, um den ländlichen Raum noch weiter auszudünnen.

Letztlich stellt sich die Frage, warum man nicht vermehrt auf die Möglichkeit der Zusammenarbeit von Gemeinden (Mehrzweckverbände) zurückgreift, ohne gleich die gewachsenen Gemeindefusionen aufzulösen. Dies empfiehlt auch die „Gemeindeinitiative“, ein Zusammenschluss von über 100 Gemeinden, die sich gegen eine Zwangsfusionierung zur Wehr setzen. Die KPÖ fordert bei Gemeindefusionen eine verpflichtende Volksabstimmung in den jeweiligen Gemeinden.

Die Gemeindefusionen sind derzeit das zentrale politische Thema in der Steiermark. Nicht zu Unrecht, immerhin geht es dabei um nichts weniger als einen radikalen Umbau der kommunalen Infrastruktur. In Bürgerver-



ZITIERT

„Die Schuldenkrise dient leider immer wieder als Vorwand für eine Zentralisierung, für eine Entmachtung und finanzielle Aushungerung der Regionen und Gemeinden und somit für eine Schwächung der regionalen und lokalen Demokratie.“ *Franz Schausberger, Salzburger Altlandeshauptmann*

„Die Einführung des Regresses noch dazu ohne Bescheid ist nicht nachvollziehbar. Wir haben einen eigenen Pflegefonds eingerichtet, der den Ländern hilft, den Anstieg bei den Sozialhilfekosten zu bewältigen.“ *Sozialminister Hundstorfer (SPÖ) über die steirische Landesregierung*

„Der Regress ist eine Zusatzbelastung für Familien. Es zahlt die Person, die gepflegt wird, schon mit ihrer Rente, mit ihrem Pflegegeld. Es zahlen die Ehegatten und jetzt sollen die Kinder auch noch zahlen. Ich glaube, dass es an der Zeit wäre, den Regress in das Buch der Geschichte einzutragen und zu vergessen.“ *Caritas-Direktor Küberl*



©www.karl-berger.at

Wenn Wirtschaftskapitäne Dampfschiffskapitäne wären

Wussten Sie, dass...

- dass die Indexierung der Kindergartengebühren in Bruck eine Erhöhung von teilweise über 5 % bedeutet.
- dass nur die KPÖ gegen die erneute Erhöhung bei den Musikschulgebühren gestimmt hat.
- dass die mit öffentlichen Geldern sanierte BAWAG PSK die Konditionen der laufenden (!) Darlehensverträge mit den Kommunen derart verändert, dass z.B. allein der Stadt Kapfenberg Mehrkosten von 266.000 Euro entstehen.
- dass die Gebührentafel für die Eintrittspreise des Kapfenberger Kulturzentrums neu geregelt wurde, in Zukunft können alle schulpflichtigen Kinder kostenlos ins KUZ.
- dass Studierende, die außerhalb von Kapfenberg studieren, aber hier ihren Hauptwohnsitz haben, zukünftig von der Stadtgemeinde alle Förderungen für den Öffentlichen Verkehr erhalten, die sie bekommen würden, wenn sie etwa in Graz oder Wien wohnen würden.
- dass die Bevölkerung der Stanz sich in einer Volksabstimmung gegen das Diktat der Landesregierung zur Wehr setzte, mit Kindberg fusionieren zu müssen.
- dass es bei Gemeindezusammenlegungen eine Fusionsprämie von 200.000 Euro geben soll, die Kosten (alle Verträge müssen geändert werden, die Computersysteme abgestimmt und vieles andere) aber diesen Betrag oft übersteigen.

FPÖ: Zickzackkurs bei Hundesteuer

Im Land stimmte die FPÖ für die erhöhte Hundesteuer, während man in Kapfenberg offenbar ein Herz für die Tiere entdeckt. So stellte die FPÖ in der letzten Gemeinderatssitzung in Kapfenberg gleich mehrere Dringlichkeitsanträge, darunter auch einen zur Zweckbindung der Hundesteuer. In Wahrheit hat aber die FPÖ im Landtag die radikale Erhöhung mitbeschlossen. Nun gerät sie wegen ihrer Zustimmung zur Hundeabgabe im Land von den Hundebesitzerinnen und Hundebesitzern unter Druck. Eine Zweckbindung im Sinne der Hundebesitzer

soll diese nun gütlich stellen. Vernünftiger wäre allerdings gleich die Abschaffung der Hundesteuer, wie sie die KPÖ von Anfang an forderte, und wie dies auch schon einige Gemeinden in der Oststeiermark beschlossen haben. Die KPÖ wird sich im Gemeinderat für die Hundebesitzer stark machen.



Kommentar



Jakob Matscheko

Demokratieabbau nicht einfach hinnehmen!

Zahlreiche engagierte Bürgerinnen und Bürger haben sich in den letzten Wochen und Monaten zusammengeslossen, um dagegen anzukämpfen, dass ihnen von oben herab ihre Gemeinde wegfusioniert werden soll. Bei den Gemeindefusionen geht es nicht nur um wirtschaftliche Aspekte. Das Zusammenlegen von Kommunen ist auch ein Eingriff in die demokratische Struktur. Nach der Familie ist die Gemeinde die kleinste soziale Einheit, Demokratie wird hier noch sehr unmittelbar erlebt. In Zeiten, in denen zunehmend der Ruf nach mehr direkter Demokratie laut wird, wiegt ein Wegfall kommunaler Mitbestimmung besonders schwer. Am Beispiel von Hafning, Gai und Trofaiach lässt sich das Ausmaß des Demokratieabbaus veranschaulichen. Statt vorher 55 Mandatarien in den drei Orten gibt es nun lediglich 31, wobei durch die gleichzeitige Erhöhung der Politikerbezüge jedoch kein einziger Euro eingespart wurde. Es geht zudem auch um die Preisgabe der eigenen Entscheidungshoheit:

Unabhängige Kommunen können ihren Gebührenhaushalt selbst gestalten. Sie können nach ihrem Ermessen in ländliche Gebiete investieren. Ob sich nach einer Eingemeindung noch jemand um die Randgebiete kümmert, bleibt eine quälende Frage. Dass sich das Verhältnis „Wahlberechtigter pro Gemeinderat“ verschlechtern wird, steht hingegen fest. Eines sei unseren Bürgermeistern daher ins Stammbuch geschrieben: Ihr seid nicht gewählt, um Befehlsempfänger der Landesregierung zu spielen, sondern um die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen und für die Interessen der Bevölkerung zu laufen. Daran zu erinnern ist wichtig. Auch deshalb ist es gut, dass es diese Bürgerinitiativen gibt. Der Salzburger Altlandeshauptmann Schausberger kommentierte die Fusionspläne unlängst folgendermaßen: „Oberstes Prinzip muss die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger in ihrer unmittelbaren Heimat sein.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Glück auf!

Jakob Matscheko

Warum Geld verschenken?

Kostenlose Beratung für Arbeitnehmerveranlagungen und Steuerfreibeträge mit einem Steuerrechtsexperten.

Termine nach Vereinbarung!

Tel: **03862 / 22 417**

Franz Bair Heim der KPÖ Kapfenberg, Feldgasse 8

Rat & Hilfe - KPÖ Bruck - Kapfenberg

AUS DEM BRUCKER GEMEINDERAT

Pflegeregress und S-Bahn: SPÖ sieht keine Dringlichkeit.

Ein KPÖ-Antrag, der darauf abzielte, den Pflege regress in der Steiermark endlich abzuschaffen, wurde im Brucker Gemeinderat von SPÖ, ÖVP und FPÖ nicht angenommen.

keine Notwendigkeit mehr, da das Land schon informiert sei.

Für Wiedertäufel!

Weitere Anträge der Fraktionen, wie die Wiedererrichtung der Wiedertäufer-Skulptur an der Grazerbrücke (KPÖ), die Einführung einer Tempo-30-Beschränkung in der Stadionstraße oder zur Einhaltung der Fair-Trade-Standards (beide Grün) bekamen ebenfalls keine Mehrheit.

In der Fragestunde musste Rosenberger eine Fehlinformation eingestehen: Die Fusion mit Oberaich ist nämlich keineswegs bereits „beschlossene Sache“, lediglich eine Absichtserklärung der Landesregierung liegt vor. Es gibt also für die Betroffenen sehr wohl noch Verhandlungsspielraum. „Ich habe mich hier falsch ausgedrückt“ so Rosenberger. Den Stand der Verhandlungen mit Oberaich wollte die ÖVP erfahren und kritisierte, dass bislang der Brucker Gemeinderat keine Infor-

mationen erhalten hat. Sie erhielt ebenso keine Auskunft wie Jürgen Klösch, KPÖ auf seine Frage zum Stand der Ermittlungen der Korruptionsstaatsanwaltschaft gegen Bürgermeister Rosenberger.

Einstimmig beschlossen wurden beispielsweise die Förderung für das Jugend- und Familiengästehaus im Weitental oder die Neustrukturierung der Städtischen Kindergärten.

Gratisparken

Die Aktion „Eine Stunde Gratis-Parken in der Hauptplatzgarage“ wird fortgeführt. „Meiner Meinung nach wäre es nur fair, wenn die Innenstadtbetriebe sich stärker an den Kosten der Gratisstunde beteiligen würden. Immerhin profitieren sie am meisten von der Tiefgarage am Hauptplatz.“ so Klösch. Längerfristig sollte so zumindest ein Drittel der Kosten durch Beiträge hereinkommen. Grün-Gemeinderat Haidenhofer stimmte gegen die Gratisstunde.

Gegen den neuen Fördervertrag für die Musikschule stimmte als Einziger KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch, da es sich hierbei um eine Gebührenerhöhung handelt. Gegen die Tempo-30-Beschränkung im Wirtschaftspark stimmte die FPÖ.

Kultur in Bruck?

Hitzige Debatten gab es einmal Mehr um das Kulturprogramm. Klösch forderte, die Evaluierung doch in die Erstellung miteinzubeziehen, Haidenhofer stellte den Antrag, die Erstellung des Kulturprogramms in den Fachausschusssitzungen breiter zu diskutieren. Stadtrat Hofbauer konstatierte ein Desinteresse bei vielen Gemeinderäten, überhaupt richte er sich bei der Erstellung nur nach den Wünschen seines Publikums. Klösch: „Diese Einstellung ist doch Teil des Problems. Die Jugend findet sich derzeit im Kulturprogramm kaum wieder, wird also auch weiterhin kaum berücksichtigt werden.“

Neben der KPÖ stimmten lediglich der Gewerkschafter Waxenegger (SPÖ) und Grün-Gemeinderat Haidenhofer dafür. „Ich vertraue dem Land, dass hier eine Lösung gefunden wird. Ich will nicht Steigbügelhalter für die Meinung der Landes-KPÖ sein.“ Begründete Bürgermeister Rosenberger seine Ablehnung. Ein ähnlich lautender Antrag von Haidenhofer wurde ebenfalls abgewiesen.

Der KPÖ-Antrag, sich zur obersteirischen S-Bahn zu bekennen, wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt. Rosenberger, der unlängst in der Öffentlichkeit selbst eine S-Bahnlinie forderte, sah plötzlich



Auch Bruck braucht Aktivcard

Der Brucker KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch: „Vor rund 15 Jahren forderte die KPÖ im Bezirk erstmals die Einführung eines Aktivpasses für Personen mit einem geringen Einkommen.“ Seit 2008 gibt es die Aktivcard in Kapfenberg. Bruck wartet immer noch auf die Einführung





Die Verlegung des Mercurios vom Hauptplatz zum Kreisverkehr Grazerstraße (Foto) kostete knapp 20.000 Euro, wie der Brucker KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch erfragte.

KPÖ fordert: S-Bahn von Kapfenberg nach Trofaiach!

Beim öffentlichen Verkehr in der Region gibt es eine Lücke. KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch erneuerte seine Forderung nach dem Ausbau einer S-Bahn in den Raum Trofaiach-Vordernberg.

Die Einrichtung der S-Bahnlinie S8-Obersteirischer Zentralraum sollte endlich umgesetzt werden. Mit dieser Verbindung könnte die Strecke von Kapfenberg (Fachhochschule) nach Trofaiach enorm aufgewertet werden, die vorhandene Schieneninfrastruktur effizient ausgenutzt werden.

„In vielen Regionen der Steiermark wurde eine S-Bahn eingerichtet. Nur im zweiten großen Ballungsraum der Steiermark (Leoben, Bruck, Kapfenberg, Trofaiach) fährt sie nicht durchgehend“, bedauert Klösch, der hofft, dass diese Chance für die Region auch von der Politik genutzt wird. Leider sieht die SPÖ in Bruck die S-Bahn nicht als dringlich an, unser Antrag im Gemeinderat wurde entsprechend abgelehnt.

KOMMENTAR

Zeit für Gebührenstopp

*Liebe Bruckerinnen,
liebe Brucker!*



Zum wiederholten Male werde ich von der Brucker SPÖ angegriffen warum ich gegen eine Gebührenerhöhung (Musikschule) stimme. Es wurde an mein Gewissen appelliert, dass ich doch dafür stimmen soll. Es sei nicht vernünftig, gegen eine vom Land vorgeschriebene Erhöhung zu stimmen. Ich aber sage: Doch! Im Land regiert die SPÖ mit Hilfe der ÖVP. Die KPÖ stimmt auch im Land gegen alle Belastungen der einfachen Bevölkerung. Warum? Das tägliche Leben wird immer teurer und teurer. Lebensmittel und Wohnpreise steigen. Die Lohnschere geht immer weiter auseinander. Im Gegenzug gönnt sich die SPÖ teure Projekte wie die Ski-WM in Schladming oder die Airpower. Jene, welche genug Vermögen besitzen, werden nicht ansatzweise dementsprechend zur Kasse gebeten. Dagegen zu

stimmen ist einzig richtig und konsequent. Auch sich im Gemeinderat dagegen aufzulehnen, ist ein sinnvolles Mittel gegen so eine Politik. Die Gemeinderäte von SPÖ und ÖVP nehmen diese Landesvorgabe, um sich bei der Bevölkerung „abzuputzen“. Man sei eh dagegen, könne aber nicht anders. Das ist mir zu einfach und unseriös. Denn auch in der Gemeinde Bruck an der Mur sollte endlich überlegt werden, wo man das Geld investiert. Entweder in Projekte, die nur Verluste und Kosten verursachen (Tiefgarage oder Kunsthaus) oder für die Bevölkerung, um endlich einen Stopp bei den Erhöhungen der Gebühren zu vollziehen. Denn dies hat die Brucker SPÖ zu verantworten. Bei der KPÖ weiß man, woran man ist!

Ihr KPÖ Gemeinderat
Jürgen Klösch



Haltestelle Oberaich durch S-Bahn wiederbeleben!

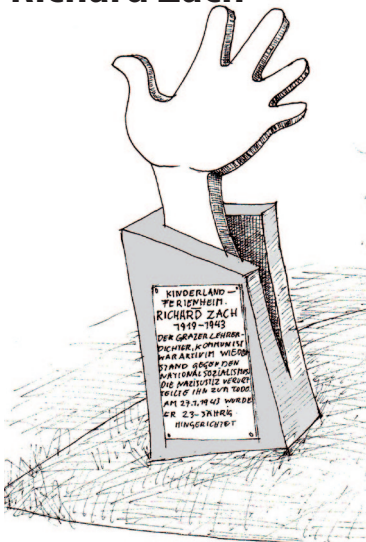
**Herzliche
Einladung
Sommerfest
der KPÖ**

**Samstag, 3. August
ab 14.00 Uhr
Open-Air beim
Franz-Bair-Heim,
Feldgasse 8,
Kapfenberg**

Es kommen wieder die Intergalaktischen Starköche, die für kulinarische Köstlichkeiten sorgen!

Für die Unterhaltung sorgen bekannte Musiker und Kapellen!
Programm Seite 12)
Eintritt frei!

Ein Denkmal für Richard Zach



Bei der Veranstaltung von Kinderland und KPÖ zum Neutralitätsfeiertag am 26. Oktober 2013 wird in St. Radegund ein neues Denkmal des Künstlers Rudi Hirt zur Erinnerung an den hingerichteten Grazer Widerstandskämpfer Richard Zach eingeweiht. Zur Realisierung läuft noch eine Sammelaktion: Bitte um Kontaktaufnahme unter 0650-38 33 972, brigitte.krivec@gmx.at



Auf die Bedürfnisse von Kindern einzugehen heißt auch, loslassen können. Viele Eltern tun sich dabei schwer.

Badestrand Kinderland Feriendorf Turnersee

Neun Wochen Ferien, das bedeutet: die Kinder haben endlich Freizeit! Sie wollen aber auch etwas unternehmen, denn sonst ist ihnen bald langweilig. Für viele Papas

und Mamas ist es oft nicht einfach, da das richtige Programm zu finden. Das kann ganz schön stressig und kostenintensiv sein – für alle Beteiligten. Eine Möglichkeit, den Ansprüchen von Kindern gerecht zu werden und gleichzeitig eine Rund-Um-Die-Uhr-Betreuung für die Kids zu gewährleisten, bietet die Ferienaktion von Kinderland.

Ferienturnusse 2013 Restplätze frei!

| Termin: | Dauer: |
|-------------------|-------------|
| 11.08. bis 17.08. | 1 Woche |
| 21.07. bis 27.07 | Actionwoche |
| 11.08. bis 17.08. | Actionwoche |
| 07.07. bis 13.07 | Reitwoche |
| 21.07. bis 27.07 | Reitwoche |
| 28.07. bis 03.08 | Reitwoche |
| 11.08. bis 17.08 | Reitwoche |

Ab 18.08. Familienwochen (für die ganze Familie)

27. und 28. 8.2013 Partisanenwanderung Peršmanhof / Eisenkappel

Spezial-Angebote

Ob im Kinderland-Heim am Turnersee in Kärnten oder in der Kinderlandvilla „Richard Zach“, beim Ferienangebot für Kinder ist bestimmt für jede/n etwas dabei. Besondere Angebote bieten die Reit- und die Actionwoche. Auch für Familien sind Ferien im

Auskunft und Anmeldung:



Mehlplatz 2, 8010 Graz

Tel.: 0316 / 82 90 70

Fax: 0316 / 82 06 10

office@kinderland-steiermark.at

www.kinderland-steiermark.at

Kinderland-Angbot.

Wichtig: Es gibt Zuschussmöglichkeiten von Land, Gemeinden und Bezirkshauptmannschaften. Dadurch können sich die Kosten meist drastisch verringern.

Informationen dazu gibt es unter Tel. 0316/82 90 70 oder unter office@kinderland-steiermark.at.

<http://www.kpoe-steiermark.at/kpoe-mitglied-werden.phtml>

Wenn Sie Interesse an unserer Politik und unserer Arbeit haben, wenn Sie Ideen oder Fragen haben, rufen Sie uns bitte an!

Donnerstag 13.30-17.00, Freitag 9.30-17.00 • Tel. 03862/22417
Franz Bair Heim der KPÖ, Feldgasse 8, Kapfenberg





Privatisierung der Müllentsorgung bringt Kostensteigerung

Die Abfallwirtschaft wittert beim steirischen Hausmüll ein gutes Geschäft. Privatunternehmen versuchen die Rosinen aus dem Abfallkuchen herauszupicken, den Gemeinden bleiben die Kosten für die Entsorgung von kommerziell nicht verwertbarem Abfall. Die Wirtschaftskammer macht Druck, die sogenannte „Andienungspflicht“ aufzuheben – mit der falschen Behauptung, die Abfallentsorgung würde durch eine totale Privatisierung billiger.

„Tatsächlich würde eine Privatisierung unterm Strich teurer für die Bevölkerung, da die Gemeinden dann höhere Kosten haben und die Einnahmen entfallen. Der öffentlichen Hand bleiben die Kosten, den Privaten die Gewinne. Das ist das Geschäftsmodell der privaten Abfallwirtschaft“, so KPÖ-LABg. Werner Murgg. Würde man dem Begehren der privaten Entsorger nachgeben käme es zu einer enormen Steigerung der Müllgebühren für die Haushalte.

BUCH - NEUERSCHEINUNG

im guernica Verlag - ab sofort erhältlich: office@solidarwerkstatt.at



„Denn der Menschheit drohen Kriege...“ Neutralität contra EU-Großmachtswahn

Hrsg.
Solidar-Werkstatt-Österreich

„Denn der Menschheit drohen Kriege...“
Neutralität contra EU-Großmachtswahn

guernica Verlag
120 Seiten
EUR 7,50/ SFr 9,20
(exkl. Versandkosten)
ISBN 978-3-9503578-0-6

Zu bestellen unter:
office@solidarwerkstatt.at
T 0732 77 10 94

www.solidarwerkstatt.at

Der scheidende Euro-Gruppen-Chef Jean Claude Juncker gewährte bei seinem Neujahrsempfang einen düsteren Einblick hinter die Kulissen der Macht: „Das Jahr 2013 könnte ein Vorkriegsjahr werden wie das Jahr 1913, wo alle Menschen an Frieden glaubten, bevor der Krieg kam.“ Tatsächlich versuchen die westlichen Großmächte ihre unter Druck gekommene Hegemonie zunehmend mit Krieg und Gewalt abzuschichern. Die Militarisierung der EU schreitet voran; immer lauter werden die Stimmen aus dem Establishment, die EU müsse ein „Imperium“ werden, einschließlich einer europäischen Großmachtarmee für globale Militäreinsätze. Ein gefährlicher Irrsinn.

Die Friedensbewegung in Österreich kann hier und heute einen international bedeutsamen Beitrag gegen Krieg, Aufrüstung und neue Blockkonfrontation leisten. Der Schlüssel dafür ist der Kampf um die Rück- und Neugewinnung der österreichischen Neutralität. Ein Kleinstaat inmitten Europas bricht aus der sich formierenden imperialen Großmacht aus und verweigert das Mitmarschieren bei Kriegen, um sich in weltoffenen Allianzen für Abrüstung, friedliche Konfliktbeilegung und den Abbau struktureller Gewalt einzusetzen.



Im alten Rathaus von Kapfenberg eröffnet eine Konditorei

Wann wird die Wohnbeihilfe erhöht?

SPÖ und ÖVP haben im Landtag einen Antrag der KPÖ betreffend Erhöhung der Wohnbeihilfe auf die lange Bank geschoben. KPÖ-LABg. Werner Murgg übte Kritik an dieser neuerlichen Verschleppung eines wichtigen Anliegens: „Die Wohnbeihilfe des Landes

wurde seit Jahren nicht mehr der Preisentwicklung angepasst. Das führt dazu, dass immer mehr einkommensschwache Familien überhaupt keine Wohnbeihilfe mehr bekommen.“ Die KPÖ wird weiter für eine rasche Umsetzung dieser Forderung kämpfen.

Rat & Hilfe

bei der Mieter- und Sozialberatung der KPÖ

Bei unserer kostenlosen Mieterberatung finden Sie Rat und Hilfe...

- ...bei allen mietrechtlichen Fragen
- ...bei Fragen zur Betriebskostenabrechnung
- ...wenn Sie Schwierigkeiten haben, Ihre Miete zu bezahlen
- ...bei drohender Delogierung
- ...wenn Sie mit Ihrem Vermieter oder der Genossenschaft Probleme haben
- ...und in Fragen des Arbeitsrechtes, im Pensions- und im Sozialbereich

Rufen Sie an!

Wir werden versuchen, gemeinsam eine Lösung zu finden!

Telefonische Anfragen unter

Tel. 03862/22 417

Sprechstunden in der KPÖ Kapfenberg

Feldgasse 8, 8605 Kapfenberg,

Donnerstag von 14:00 bis 17:00 Uhr

und Freitag von 9:30 bis 17:00 Uhr sowie nach Vereinbarung



Steirische Bürgermeisterbezüge: Erhöhung bis zu 54%

Voves & Co haben die Bürgermeisterbezüge kräftig angehoben.

Der Geldsegen für die Gemeindepolitiker soll den Bürgermeister Gemeindefusionen schmackhaft machen. Bürgermeister fusionierter Gemeinden bekommen ordentlich mehr. Wer sein Amt verliert, für den wird das Amt eines bezahlten Ortsteilbürgermeisters geschaffen. „Gespart“ wird nur bei der Bevölkerung.

Ab 2014 werden die Bezüge der Bürgermeister je nach Gemeindegröße zwischen 11,7 und 53,8% erhöht. Die Inflationsanpassung erfolgt künftig automatisch. Das Bürgermeistergeloh wird um 25% wenn kein Nebenberuf

Bürgermeisterbezüge, monatlich, brutto, 14 x

| Gemeinde-Einwohner | jetzt, in € | ab 2014, in € |
|--------------------|-------------|---------------|
| bis 500 | 1.495 | 2.077 |
| 501 - 1.000 | 1.875 | 2.492 |
| 1.001 - 2.000 | 2.160 | 3.323 |
| 2.001 - 3.000 | 2.575 | 3.738 |
| 3.001 - 5.000 | 2.824 | 4.153 |
| 5.001 - 7.000 | 3.655 | 4.984 |
| 7.001 - 10.000 | 4.320 | 5.399 |
| 10.001 - 20.000 | 5.399 | |
| 10.001 - 15.000* | | 6.230 |
| 15.001 - 20.000* | | 7.061 |
| 20.001 - 30.000 | 7.060 | 7.892 |
| über 30.000* | | 8.307 |

* Diese Gliederungen sind neu und gelten ab 2014

ausübt wird. Neu sind Gehälter für „Ortsteilbürgermeister“.

Die KPÖ fordert eine Unver-

einbarkeitsregelung bei Gemeinden über 10.000 Einwohner. Viele Bürgermeister beziehen zusätzlich

Bezüge anderer Gemeindefunktionäre
Prozentsatz des Bürgermeisterbezugs, monatlich, 14 x im Jahr

Vizebürgermeister: je 30%
Finanzreferent:.....30%
Stadträte:je 20 %
Ausschussvorsitzende:
.....max. 20%

NEU:
Ortsteilbürgermeister: 30%
des Bürgermeisterbezugs,
entsprechend Einwohnerzahl
des Ortsteils.

ein zweites Gehalt. Wir aber meinen: Bürgermeister sein ist eine Vollzeitbeschäftigung.



GEMEINDEFUSION: Parschluger fordern Volksentscheid!

Ein volles Haus gab es im Gasthof Görgl in Parschlug, als die Bürgerinitiative für ein lebenswertes Parschlug zur Informationsveranstaltung einlud. Die Bürgerinitiative fordert eine bindende Volksabstimmung über die Frage, ob Parschlug mit Kapfenberg fusionieren soll oder nicht, und verlangt von der Landesregierung den Verzicht auf Zwangsfusionen. Konkret befürchtet man nach der Fusion Kindergarten, Volksschule und Nahversorger im Ort zu verlieren.

Ein besorgter Parschluger brachte es auf den Punkt: „Wegscheider kann viel versprechen, aber halten muss er sich nach 2015 an nichts!“

Der KPÖ-Abgeordnete Werner Murgg sprach bei der Veranstaltung der Bürgerinitiative seine Unterstützung aus: „Lasst euch vom Voves nicht euer Engagement abdrehen! Bei der ganzen Fusioniererei geht es nur um das Zurückfahren kommunaler Infrastruktur, gepaart mit massivem Demokratieabbau.“

INITIATIVE der KPÖ: Rechnen Sie Ihre Ansprüche nach!
INFO TEL. 0316 / 875 5101

www.mindestsicherungsrechner.at

zuhören. helfen.
Claudia Klimt-Weithaler



SPÖ: drüberfahren als Parteilinie?

Der Kapfenberger Bürgermeister Wegscheider: „In Parschlug gibt's noch offene Fragen in Punkto Fusion. Diese Zusammenlegung kommt aber in jedem Fall, ob wir uns einig werden oder nicht.“

Oberaich: Verzögerungstaktik soll Widerstand ausbremsen

Die Landesregierung plant, Oberaich mit Bruck zu fusionieren. Als Einpeitscher agieren hier vor allem der Brucker Bürgermeister Rosenberger und sein SPÖ-Kollege in Oberaich, Weber.

Auf einer Bürgerversammlung Ende Mai wollte man die Bevölkerung von den angeblichen Vorteilen einer Zusammenlegung überzeugen. Gebühren würden sinken, ein Citybus würde kommen und generell würde eine Fusion helfen, die Abwanderung zu stoppen.

Kritische Meldungen kamen aus dem Publikum. Vor allem die Ankündigung, dass das Land eine Fusion herbeiführen könnte, unabhängig davon, wie eine etwaige Abstimmung ausgeht, stieß auf Unmut. Doris Kampus, im Land für die Gemeindefusionen zuständig, hierzu:

„Das Land will das. Punkt. Das Land hat nicht die Gemeindefusionen zu vertreten, sondern Gesamtinteressen zu beachten.“

Bürgermeister Weber gab bekannt, das Abstimmungsergebnis erst bei 70 Prozent Beteiligung anzuerkennen. Rosenberger: „Es gibt in Zukunft kein Oberaich und Bruck mehr, sondern nur mehr eine Stadt, und die heißt Bruck!“

Gegen eine solche Drüberfahrmoralität regt sich Widerstand. Eine Bürgerinitiative kämpft gegen diese von oben herab verordnete Politik. Man stößt sich an der unehrlichen Informationspolitik, bringt aber auch grundsätzliche Kritik an der Fusion. So wird bei-



Muss das Marktgemeindeamt bald für immer zusperren?

spielsweise der Demokratieverlust nach der Zusammenlegung der Gemeinderäte kritisiert.

Verwirrspiel um Volksbefragung

Die Bürgerinitiative verlangt eine verbindliche Volksbefragung, eine Zwangsfusion lehnt man ab. Um diese Befragung durchzusetzen wurden bereits im Mai mehrere hundert Unterschriften übergeben. Doch Bürgermeister Weber und die SPÖ schieben die Thematik auf die lange Bank. So wurde eine Beschlussfassung über einen möglichen Termin in der Gemeinderatssitzung im Juli (mit den Stimmen der SPÖ) erneut verschoben. Wann es nun zu einer Abstimmung kommt, ist fraglich.

Der Brucker KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch: „Ich frage mich, was das eigentlich soll. Laut Volksrechtsgesetz muss eine Volksbefragung unverzüglich durchgeführt werden, Ende Sep-

tember läuft auch eine Frist vom Land aus. Bürgermeister Weber setzt offenbar auf eine seltsame Verzögerungstaktik.“

Stanz und Bad Gams: Ohrfeigen für Voves & Co.

Jeweils 75 Prozent stimmen im weststeirischen Bad Gams sowie in der Mürztaler Gemeinde Stanz gegen die von LH Voves und seinem Stellvertreter Schützenhöfer verordnete Fusion mit Nachbargemeinden. Eine Abfuhr holte sich die SPÖ in Bad Gams mit ihrer manipulativen Zusatzfrage, ob die Bevölkerung lieber weniger Leistungen oder höhere Abgaben wolle.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg gratuliert den erfolgreichen Bürgerinitiativen, die sich gegen Propaganda und Manipulationsversuche durchgesetzt haben. „Wo sich die Menschen auf die Füße stellen und sich nicht alles gefallen lassen, stößt die selbstherrliche Politik von SPÖ und ÖVP auf Grenzen. Die bisherigen Abstimmungen zeigen, dass die Landesfürsten die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben“, so Murgg.

Die Fusion verhöhnt die Region!

*Sie legen gewachsene Gemeinden
von oben herab zusammen:*

- Keine verpflichtende Bürgerabstimmung**
- kein Verhandeln auf Augenhöhe**
- Keine ehrliche Informationsweitergabe**

Dafür stehen wir nicht zur Verfügung



Jürgen Klösch, Ihr Gemeinderat
FÜR Oberaich in
Bruck an der Mur.

Bitte rufen Sie mich einfach an!
Tel. 03862 / 22417 oder Tel. 0664 / 793 4386

KPÖ

Nationalratswahl 2013

Arbeiter statt Milliardär



Kurt Luttenberger,
Arbeiterkammerrat Steiermark

KPÖ

www.kpoe-steiermark.at

Die Nationalratswahlen 2013 finden unter neuen Voraussetzungen statt. Die Legislaturperiode wurde auf fünf Jahre verlängert, in der Steiermark gibt es nur noch vier - statt bisher acht - Wahlkreise. Damit die KPÖ auch auf überregionaler Ebene kandidieren kann, ersuchen wir Sie um Ihre Unterstützungserklärung! Die steirischen Spitzenkandidaten der KPÖ sind AK-Rat Kurt Luttenberger und Betriebsrätin Hilde Tragler. Der Brucker KPÖ-Gemeinderat Jürgen Klösch ist Spitzenkandidat im Regionalwahlkreis Obersteiermark.

**Die EU kommt uns
zu teuer**



KPÖ
wählen!



Die Arbeiterpartei stärken!

Es ist traurig, dass sogar arbeitende Menschen Beifall klatschen, wenn der Stronach etwas gegen die Gewerkschaften sagt.

Frank Stronach hat schon beim Kauf österreichischer Unternehmen die Bildung von Betriebsräten behindert.

Die SPÖ hat es längst aufgegeben, die Interessen der österreichischen Arbeiter zu vertreten. Ihre Funktionäre verwalten nur noch die ihnen von der EU zugestandenen Privilegien.

Wer gegen die Zerstörung von Arbeitsplätzen, gegen Verlängerung von Durchrechnungszeiten, gegen schlechtere Kollektivverträge und für höhere Löhne ist, wählt am 29. September Kurt Luttenberger-KPÖ in den Nationalrat.

Ein Zeichen, dass in Österreich nicht nur Milliardäre gefördert werden, sondern auch Arbeiter eine Chance bekommen.



STEIRISCHE
Volksstimme

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrngasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. Verlags- und Herstellungsort: m-4, Graz. Tel. 0316 / 877-5102. Fax 0317 / 877-5108
E-Mail: volksstimme@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



Weg mit dem Regress!

DER STEIRISCHE PFLEGEREGRESS BRINGT TAUSENDE IN NOTLAGE

Am 1. Mai startete die steirische KPÖ ihre Kampagne für die Abschaffung des Regresses, den es nur noch in der Steiermark gibt. Der Zuspruch zu dieser Aktion ist enorm, seit 1. Mai haben schon über 10.000 Steirerinnen und Steirer unterschrieben.

andere Angehörige zu versorgen sind, spielt keine Rolle, es ist immer gleich viel zu bezahlen. Sind zum Beispiel beide Eltern im Pflegeheim, ist für beide der volle Betrag zu leisten. Besonders schlimm ist, dass sogar die Pendlerpauschale und Abfertigungen am Ende des Berufslebens zum Einkommen gezählt werden. Von diesem Geld bleibt Betroffenen oft nichts über, weil das Land alles einfordert.

Die übrigen acht Bundesländer können das Pflegewesen auch ohne diese „Angehörigensteuer“ finanzieren. Weil es in unserem Bundesland besonders viele private Pflegeeinrichtungen gibt, müssen deren Gewinne letztendlich mit dem Pflegeregress subventioniert werden.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Es ist ein untragbarer Zustand, wie bei uns Menschen in den Ruin getrieben werden. Wenn einer Familie mit drei Schulkindern so viel abgezogen wird, dass zum Leben

monatlich weniger als 250 Euro bleiben, kann man nicht von einer sozial ausgewogenen Regelung sprechen, wie es der Landeshauptmann macht.“

Die KPÖ weist auch die Behauptung der zuständigen Landesrätin Edlinger-Ploder (ÖVP) zurück, es werde jeder Fall individuell geprüft. Tatsächlich wird der

Regress in der strengst möglichen Form vollzogen. Nicht nur die Pendlerpauschale, sogar Abfertigungen werden einberechnet und führen zu extremer Steigerung der Forderungen.

Die Praxis, Unterhaltspflichten generell unberücksichtigt zu lassen ist möglicherweise verfassungswidrig.

Wenn es in einer steirischen Familie zu einem Pflegefall kommt, wird ab einem Einkommen von 1286 Euro kassiert. Ob Kinder oder

Für Pflege und Gesundheit ist beim Land Steiermark angeblich kein Geld da. Seit 2010 wurde aber ein zweistelliger Millionenbetrag für Beratungsfirmen ausgegeben. Finanziert wird das mit der Schließung von Spitälern und dem Regress.



Tausende Steirerinnen und Steirer haben schon gegen den Pflegeregress unterschrieben. Die Arbeiterkammer und die Gewerkschaftsetzen sich ebenso für die Abschaffung ein wie die Gemeinderatsmehrheiten von Graz, Eisenerz, Kapfenberg oder Zeltweg.

Petition an den Steiermärkischen Landtag:

Der Landtag wird aufgefordert, die 2011 eingeführte Kostenbeteiligungspflicht (Regress) für Angehörige von pflegebedürftigen Personen und Bezieher/innen von Mindestsicherung abzuschaffen.

| Name | Adresse | Geb-Datum | Unterschrift |
|------|---------|-----------|--------------|
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |



SommerFEST

OPEN AIR 2013

Kapfenberg

Kulinarische Sensationen von und mit den

intergalaktischen Starkköchen

aus Ansfelden

Unterhaltung mit der beliebten Kapelle:

„Glanzgraben-Trio“



BANDS:

Hugo Olave *spielt und singt lateinamerikanische Lieder*

Young Man Drowning
spielen alternative Rock

LILA *spielt Pop-Rock Eigenkompositionen*

Christian Masser *spielt Mississippi BLUES*

Samstag, 3. August 2013

ab 14.00 Uhr

Franz Bair Heim der KPÖ, Feldgasse 8, Kapfenberg

Eintritt frei!

>> jugend
EVENT<<
CENTER<<
>> feldgasse

kapfenberg / bruck



www.kpoe-kapfenberg.at